

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Jörg Bode und Horst Kortlang (FDP)

Ist die Versorgung mit L-Gas in Niedersachsen gewährleistet?

Anfrage der Abgeordneten Jörg Bode und Horst Kortlang (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 27.01.2022

Im Sommer 2021 informierte die Verbraucherzentrale Niedersachsen über die Umstellung von L-Gas auf H-Gas. Dort heißt es: „Die niederländischen L-Gasvorräte gehen zur Neige, im Oktober 2029 läuft die Förderung voraussichtlich aus. Daher erfolgt in den kommenden Jahren die Umstellung auf das energiereichere H-Gas“¹. Und weiter: „Spätestens ab Oktober 2029 steht das hauptsächlich aus den Niederlanden stammende L-Gas voraussichtlich nicht mehr zur Verfügung. Daher müssen die Netze bis 2030 auf H-Gas umgestellt werden. Das H-Gas stammt überwiegend aus Norwegen, Russland und Großbritannien“. Von der Umstellung sind sämtliche gasbetriebenen Endgeräte, wie Thermen und Herde, betroffen. Inzwischen ist der Sommer 2021 vorbei und die Heizperiode hat eingesetzt. Laut Medienberichten lag der Füllstand der deutschen Gasspeicher am 22.01.2022 bei 42 %, was als „ungewöhnlich leer“ (*dpa*, 21.01.2022) gilt. Bereits zehn Tage vorher hat das *Handelsblatt* unter „Gaskrise spitzt sich zu“ (*Handelsblatt*, 11.01.2022) über die leeren Gasspeicher, mögliche Lieferunterbrechungen für Industriekunden und Engpässe bei der Gasversorgungslage berichtet. Im Beitrag „Niederlande wollen Deutschland kein zusätzliches Gas liefern“ (ebenda) wird beschrieben, dass deutsche Ferngasnetzbetreiber in den Niederlanden nach höheren Liefermengen nachgefragt haben. Niedersachsen, selbst Förder- und Produktionsstandort von Erdgas, steigt zunehmend aus der Gewinnung dieses Energieträgers aus und versucht, die Förderung in der Nordsee auf niederländischem Hoheitsgebiet zu verhindern. Erdgas ist nach dem beschlossenen Ausstieg aus der Verstromung von Braun- und Steinkohle sowie der Nutzung der Kernenergie und der weitreichenden Ablehnung von Flüssiggas als Energieträger der einzige Energieträger, der derzeit verlässlich und kontinuierlich die Versorgung mit Strom und Wärme bis zu einem ausreichenden und sicheren Umstieg auf eine klimaneutrale Energiegewinnung gewährleisten kann. Für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit ist deshalb laut *FAZ* vom 23.01.2022 der Neubau von bis zu 60 Ersatzkraftwerken bis 2030 erforderlich. Neben der Versorgungssicherheit spielt auch die Preisstabilität eine zunehmend wichtigere Rolle beim Verbrauch von Strom und Wärme für Privathaushalte sowie in Wirtschaft und Industrie. „Geheizte Wohnungen im Winter, warmes Wasser, hohe Temperaturen für industrielle Fertigungsprozesse: Rund die Hälfte der Energie wird in Deutschland für Wärme verbraucht“ heißt es folglich in der Publikation „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ vom 26.01.2022 des BMWK.

Die jüngsten Preisanstiege bei den Energieträgern belasten den Wirtschaftsstandort Deutschland genauso wie die privaten Lebenshaltungskosten. Laut Beitrag „Russisches Gas ist unverzichtbar“ (*FAZ*, 23.01.2022) spielt Erdgas eine wichtige Rolle bei der Strompreisbildung, die in naher Zukunft noch zunehmen wird. Die aktuellen Diskussionen über die Energieversorgungssicherheit von Deutschland und Europa betreffen u. a. die Diskussionen zur Taxonomie der EU-Kommission, die ausstehende Aufsicherlaubnis im Wattenmeer an der Grenze zu Niedersachsen, den möglichen Bau von Molekül-Importterminals in Norddeutschland, das Auslaufen der Erdgasförderung im Groninger Feld, die schwebende Inbetriebnahme der Erdgasleitung North Stream 2, den Erdgastransport durch die Ukraine sowie den Verbrauchsanstieg von Erdgas und Flüssiggas in Asien. Obwohl die langfristigen Lieferverträge mit Russland seit fünf Jahrzehnten problemlos erfüllt wurden und werden, steigen die gefühlte Unsicherheit und die Abhängigkeit. „Die Putin-Falle“ (*Wirtschaftswoche*, 21.01.2022) fasst die Lage und derzeitigen Abhängigkeiten zusammen, erklärt die Zusammenhänge, warum als

¹ <https://www.verbraucherzentrale-niedersachsen.de/themen/energie-bauen/gasversorgung-umstellung-von-l-gas-auf-h-gas>

Volkswirtschaft nicht gleichzeitig aus „Atom, Kohle und Erdgas“ aussteigen kann, und Bundeswirtschaftsminister Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) hat das Füllen der Erdgasspeicher inzwischen zu einer „politischen Aufgabe“ (*dpa*, 21.01.2022) erklärt und „Lösungen für den kommenden Winter“ (*dpa*, 26.01.2022) angekündigt.

1. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, wann die Umstellung von L-Gas auf H-Gas in Niedersachsen abgeschlossen sein wird und wie viele Haushalte in Niedersachsen zum jetzigen Zeitpunkt auf L-Gas angewiesen sind?
2. Hat die Landesregierung Kenntnis davon, dass deutsche Ferngasnetzbetreiber mehr sogenanntes L-Gas aus den Niederlanden angefragt haben, um die Versorgungssicherheit für die aktuelle Heizperiode zu gewährleisten, und falls ja, welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung vor?
3. Weiß die Landesregierung, dass die Niederlande hierfür die umstrittene Produktion von Erdgas in Groningen erhöhen müssten/müssen?
4. Ist es aus Sicht der Landesregierung möglich, dass die Produktion von L-Gas aus den Niederlanden nicht erhöht wird und es dadurch zu Engpässen im L-Gas-Gebiet von Niedersachsen kommt (bitte mit Begründung)?
5. Wie beurteilt die Landesregierung das Risiko, dass angekündigte juristische Verfahren in den Niederlanden eine zusätzliche Produktion von L-Gas in Groningen verhindern könnten?
6. Wie beurteilt die Landesregierung politische Vorstöße im niederländischen Parlament, die einen unmittelbaren Stopp von L-Gasexporten nach Deutschland einfordern und gar bereit sind, sich aus Lieferverträgen herauszukaufen?
7. Gibt es alternative Quellen für L-Gas in Niedersachsen oder den Niederlanden und, wenn ja, welche?
8. Ist die Landesregierung im Austausch mit den niederländischen Amtskollegen, um eine nachhaltige Lösung für Versorgungssicherheit und Preisstabilität herbeizuführen?
9. Ist/wäre Wirtschaftsminister Dr. Althusmann bereit, hierzu kurzfristig persönlich nach Den Haag zu reisen und entsprechende Gespräche mit dem zuständigen Amtskollegen in Den Haag zu führen?
10. Wäre importiertes Flüssiggas (LNG) technisch in der Lage, Defizite/Engpässe bei der L-Gas-Versorgung in Niedersachsen auszugleichen, und falls nicht, wie könnte eine Unterversorgung mit L-Gas kurz- und mittelfristig ausgeglichen/kompensiert werden?
11. Bewegt sich Niedersachsen vor dem Hintergrund der energiepolitischen Entscheidungen und Entwicklungen aus Sicht der Landesregierung in eine energetische Versorgungsfalle?
12. Was wird die Landesregierung unternehmen, damit die Versorgung mit Wärme und Strom in den kommenden Wintern, beginnend ab 2022/2023, für Haushalte, Wirtschaft und Industrie sicher gewährleistet sein wird?
13. Wie beurteilt die Landesregierung ihr eigenes Handeln in Bezug auf die Versorgung mit heimischem Erdgas und die Versorgungssicherheit mit Erdgas durch unsere Nachbarn?
14. Können politische Entscheidungen oder gesetzliche Vorgaben den Preis für Energie beeinflussen, und inwieweit/ab wann wird die Landesregierung auf Preisentwicklungen für Strom und Gas wie reagieren?
15. Welchen Anteil eines Haushaltseinkommens sollten nach Auffassung der Landesregierung die Ausgaben für elektrischen Strom und Wärme (Heizung, Warmwasser) eines durchschnittlichen Vier-Personen-Haushalt nicht überschreiten, bzw. was ist zumutbar?
16. Was wird die Landesregierung unternehmen, damit die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen nicht unter hohen Energiekosten leidet?
17. Was ist der Landesregierung über die künftige Erzeugung und Bereitstellung von Wärme im Rahmen der Energiewende bekannt, bzw. wie werden die unterschiedlichen Wärmebedarfe

von Industrie, Wirtschaft und Privathaushalten künftig CO₂-neutral erzeugt und nachfragegerecht bereitgestellt?

18. Welche Bedeutung werden Fernwärmenetze für die Versorgung mit „grüner Wärme“ („Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“, BMWK, 26.01.2022) in Niedersachsen übernehmen/einnehmen?
19. Wie stellt sich die Errichtung/potenzielle Notwendigkeit von Fernwärmenetzen im Flächenland Niedersachsen dar, wie viele sind wo in welchen Dimensionen (z. B. Streckenlängen, Energiebedarfe bei der Abnahme, Erzeugungsbedarf und. Quellen)?
20. Bis wann müssen die für die Energiewende erforderlichen Fernwärmenetze und die Erzeugungsanlagen für Fernwärme errichtet werden, und welche Pläne und Absichten gibt es hierzu bei der Landesregierung?